

Wenn aus Unterstützung Unterdrückung wird

Michael Wolffsohn
über sinnlose Auslandseinsätze

Drei sinnlose Bundeswehr-Auslandseinsätze wurden kürzlich verlängert. Im Kosovo sowie für Mali und Libanon. CDU/CSU, SPD und Grüne stimmten dafür, die Linke geschlossen dagegen. Leider hat die Linke recht. Wenn sie nur das Wort Bundeswehr hört, sagt sie automatisch Nein. Das kann man nicht ernst nehmen. Sehr wohl ernst zu nehmen ist die Begründung der Bundestagsmehrheit. Jeder Einsatz ist menschlich nobel, also begründet und völkerrechtlich koscher abgesegnet.

Im Kosovo soll der latente Bürgerkrieg zwischen albanischen und serbischen Kosovaren und im Libanon die Waffenzufuhr

an die schiitischen Hisbollah-Terroristen verhindert werden. In Mali soll die Armee gegen islamistische Tuaregs ausgebildet werden. Das ist edel, doch falsch gedacht und daher falsch gemacht. Ein Krebsgeschwür kann man nicht mit Heftpflaster heilen. Guter Wille reicht nicht, Wissen tut not. Selbst eine ewige Anwesenheit der Bundeswehr im Kosovo könnte dort den Bürgerkrieg nicht dauerhaft verhindern, wenn das Staatsgefüge des Kosovo nicht umgebaut wird. Den Serben im Norden des Landes wird – mit der Mogelaufschrift „Selbstbestimmung“ – eben diese Selbstbestimmung verweigert. Sie wollen zu Serbien. Das erlaubt ihnen die Internationale Gemeinschaft nicht. Das Streben nach Selbstbestimmung ist jedoch eine historische Urkraft. Man kann sie nicht dauerhaft unterdrücken. Genau daran aber beteiligt sich nun Deutschland. Das wird nicht gut gehen.

Vor der Küste Libanons schippert die Bundesmarine seit rund neun Jahren. Der schöne Aufenthalt sei unseren Soldaten von Herzen gegönnt. Doch die Auf- und Hochrüstung der Hisbollah-Terroristen durch den Iran konnten sie nicht verhindern. Sie erfolgte nämlich übers Land. Hoffentlich konnten sich währenddessen unsere Jungs und Mädchen sonnen. Die Hisbollah aber nimmt in Syrien am allseitigen Abschlachten teil, und sie bedroht Israel mit einem überquellenden Raketenvorrat.

Im nordwestafrikanischen Mali ist der Kampf gegen die Tuareg-Islamisten berechtigt. Allerdings ist die Regierungstreitmacht der falsche Partner. Sie verweigert nämlich den Tuaregs ihr Selbstbestimmungsrecht. Vor allem aus diesem Grund wandten sich viele Tuaregs den Islamisten zu. Was tun? Blutvergießen und den Sieg von Terroristen verhindern? Ja. Notfalls

mit Militär, weil humanitär motiviert. Gleichzeitig und als Preis für diesen Einsatz muss von unseren Partnern verlangt werden, dass sie ihren Staat föderativ umbauen. Zu einer „Bundesrepublik“. So bekämen die jeweils unterdrückten Minderheiten endlich Selbstbestimmung in ihrem „Bundesland“. In „Serbisch-Kosovo“, in „Tuareg-Mali“, im Schiiten-, Sunniten-, Drusen- und Christen-Libanon.

politik@weser-kurier.de



Zur Person

Michael Wolffsohn (68), gebürtiger Israeli, lehrte 1981-2012 Geschichte an der Bundeswehruniversität München. Als Autor verfasste er u.a. „Wem gehört das Heilige Land?“ sowie „Zum Weltfrieden“ (2015).
